

Aktion Selbstbesteuerung e.V. (asb)

Satzung

(Stand: 13. Mai 2001)

§ 1 Name und Sitz

Der Verein führt den Namen "Aktion Selbstbesteuerung e.V. - Friede durch gerechte Entwicklungspolitik". Er hat seinen Sitz in Stuttgart und soll in das Vereinsregister eingetragen werden. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Nur diejenigen Gruppen dürfen den Namen des Vereins führen, bei denen die Mehrheit der Mitglieder ihre freiwillige Entwicklungssteuer auf ein Konto der Aktion Selbstbesteuerung überweist.

§ 2 Zweck

Der Verein bezweckt

1. die Bewusstseinsbildung für soziale, wirtschaftliche und kulturelle Belange wenig industrialisierter Staaten, insbesondere durch Öffentlichkeitsarbeit,
2. die Unterstützung von Gruppen und einzelnen, die sich an der Bewusstseinsbildung beteiligen wollen,
3. die Zusammenarbeit mit allen privaten, kirchlichen und öffentlichen Stellen, Institutionen und Vereinigungen, die vergleichbare Ziele verfolgen.

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinn des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabeordnung.

Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch Förderung der Volksbildung im Blick auf die Situation in den verarmten Ländern des Südens, Förderung der Entwicklungshilfe (einschließlich Projektfinanzierung in der „Dritten Welt“) und Hilfe für aus politischen oder rassistischen Gründen Verfolgte oder Benachteiligte in diesen Ländern. Der Verein ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

§ 3 Mitgliedschaft

Der Verein hat ordentliche (stimmberechtigte) und fördernde (nicht stimmberechtigte) Mitglieder.

Mitglieder können juristische Personen, Personenvereinigungen und natürliche Personen sein. Der Eintritt erfolgt durch schriftliche Anmeldung beim Vorstand. Dieser entscheidet über die Mitgliedschaft. Bei negativem Bescheid muss die Mitgliederversammlung befragt werden.

Diese Mitgliedschaft endet durch

- a) schriftliche Kündigung
- b) Ableben des Mitglieds, bei juristischen Personen durch Austritt oder durch Erlöschen der Körperschaft.

Ein Mitglied kann durch den Vorstand aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn ein zwingender Grund vorliegt. Das Mitglied ist vor dem Beschluss vom Vorstand zu hören und hat das Recht, die Mitgliederversammlung anzurufen.

§ 4 Die Mittel des Vereins

Die Mittel zur Erfüllung seiner Aufgaben (§ 2) erhält der Verein durch Zuwendungen seiner Mitglieder und sonstiger Personen. Die ordentlichen natürlichen Mitglieder, die ein regelmäßiges Einkommen beziehen, zahlen mindestens 2 % ihres Nettoeinkommens an den Verein.

Über die Höhe der Mindestzuwendung, die ordentliche Mitglieder ohne regelmäßiges Einkommen oder fördernde Mitglieder zu leisten haben, beschließt der Vorstand nach den Richtlinien der Mitgliederversammlung.

Desgleichen entscheidet der Vorstand nach den Richtlinien der Mitgliederversammlung über die Höhe der Zuwendungen, die von juristischen Personen oder Personenvereinigungen zu zahlen sind, die die Mitgliedschaft im Verein erworben haben.

§ 5 Organe

Organe des Vereins sind die Mitgliederversammlung, der Vorstand und die Regionalgruppen.

§ 6 Mitgliederversammlung

Mindestens einmal im Jahr findet eine ordentliche Mitgliederversammlung statt. Ihr obliegt insbesondere die Entgegennahme des Geschäfts- und Kassenberichts, die Entlastung des Vorstands sowie die Wahl der Vorstandsmitglieder.

Außerordentliche Mitgliederversammlungen müssen einberufen werden, wenn es das Vereinsinteresse erfordert oder wenn die Einberufung von einem Zehntel der stimmberechtigten Mitglieder schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangt wird. Mitgliederversammlungen sind schriftlich vom Vorstand unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von mindestens 14 Tagen einzuberufen.

Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst, sofern die Satzung nichts anderes vorsieht.

Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung werden protokolliert und von einem Vorstandsmitglied und einem weiteren ordentlichen Mitglied unterzeichnet.

Die Mitgliederversammlung beschließt über die Vergabe der Vereinsmittel an die Projektpartner/innen und legt die Höhe des Vorstandsetats fest. Die Vereinsmittel werden im laufenden Geschäftsjahr vom Vorstand verwaltet.

§ 6a Regionalgruppen

Regionalgruppen sind regionale Zusammenschlüsse von Vereinsmitgliedern und Interessierten, die sich in Abständen unabhängig von der Mitgliederversammlung treffen. Sie führen den Namen "asb-Regionalgruppe" mit einer Zusatzbezeichnung.

Regionalgruppen legen ihre Treffen und Arbeitsschwerpunkte eigenständig fest. Die Kompetenzen der Regionalgruppen werden durch Beschluss der Mitgliederversammlung geregelt.

§ 7 Vorstand

Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung für zwei Jahre gewählt. Er amtiert bis zur Wahl eines neuen Vorstandes. Er besteht aus der/dem Vorsitzenden, seinem/seiner Stellvertreter/in und mindestens zwei Beisitzerinnen oder Beisitzern. Scheidet ein Vorstandsmitglied aus, so findet eine Zuwahl durch die Mitgliederversammlung statt.

Der Vorstand ist für die gesamte Arbeit des Vereins verantwortlich. Er kann einen Geschäftsführer oder eine Geschäftsführerin und Mitarbeiter/innen bestellen.

§ 8 Vertretung

Vorstand im Sinne von § 26 BGB ist der/die Vorsitzende und die/der stellvertretende Vorsitzende. Jede/r ist allein zur Vertretung des Vereins berechtigt. Im Innenverhältnis verpflichten sich die Vorsitzenden jedoch zum Kollegialitätsprinzip. Sie vertreten den Verein nach außen im Einvernehmen mit dem übrigen Vorstand.

§ 9 Gemeinnützigkeit

Das Vermögen und die Einnahmen des Vereins dürfen nur für die in § 2 genannten Zwecke Verwendung finden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins. Ein Anspruch auf Rückgewährung eingezahlter Beiträge oder Spenden oder sonstiger Einlagen besteht nicht.

Es darf keine Person durch Verwaltungsausgaben, die den Zwecken des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 10 Satzungsänderung und Vereinsauflösung

Zur Änderung der Satzung sowie zur Auflösung des Vereins bedarf es eines mit Zweidrittelmehrheit gefassten Beschlusses der Mitgliederversammlung.

Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall seines bisherigen Zweckes fällt das Vermögen des Vereins zu gleichen Teilen an die

**Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V., Berlin, und an
Medico International e.V., Frankfurt,**

die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden haben. Satzungsänderungen, die von Gerichts-, Finanz- oder Verwaltungsbehörden aus formellen Gründen verlangt werden, kann der Vorstand von sich aus vornehmen.

Geänderte Fassung

Mannheim, 13. Mai 2001